



TOP-THEMA



POLITIK &amp; RECHT

HANDEL &  
MARKT

TECHNIK



UNTERNEHMEN

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

**STROM****133,54 €/MWh**

Exep Spot DE-LU Day Base

**GAS****41,12 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

**ZITAT DES TAGES**

„Die Energiewende darf kein Privileg für Menschen mit Eigenheim und Solardach sein.“

**Bastian Gierull**, CEO von Octopus Energy Germany, zu zwei Speicherlösungen, die sein Unternehmen Haushalten ohne eigene PV-Anlage anbietet. Es soll auch Mietern eine profitable Nutzung der Batterien bieten.

**PHOTOVOLTAIK**

EnBW-Studie analysiert Chancen der Kreislaufwirtschaft

**GEOTHERMIE**

Größtes Geothermie-Erlaubnisfeld Deutschlands entsteht

**UNTERNEHMEN**

GP Joule ordnet Gesellschafterkreis neu

## Inhalt

**TOP-THEMA**

→ **POLITIK:** Bürokratieabbau bei Energieeffizienzvorgaben

**POLITIK & RECHT**

- **VERBÄNDEKRITIK:** Verpasste Chancen beim Energieeffizienzgesetz
- **POLITIK:** Verbände fordern Änderungen am StromVKG
- **MOBILITÄT:** E-Mobilität effektivste Wahl für Verkehrswende

**HANDEL & MARKT**

- **PHOTOVOLTAIK:** EnBW-Studie analysiert Chancen der Kreislaufwirtschaft
- **STROMSPEICHER:** Octopus kündigt Stromspeicher für Mieter an
- **E&M-PODCAST:** Mit Price-Protect Energie managen
- **STATISTIK DES TAGES:** Prognose zum weltweiten Energieverbrauch bis 2050

**TECHNIK**

- **GEOTHERMIE:** Größtes Geothermie-Erlaubnisfeld Deutschlands entsteht
- **ÖSTERREICH:** Pumpspeicher Kühtai 2 in Tirol bald im Probetrieb
- **WÄRME:** BEW startet Milliardenumbau in Klingenberg
- **STROMNETZ:** Südlink erreicht Etappe an der Elbquerung
- **STROMNETZ:** Batteriespeicher können viele Netzprobleme lösen

### **UNTERNEHMEN**

- **UNTERNEHMEN:** GP Joule ordnet Gesellschafterkreis neu
  - **STROMNETZ:** Energielenker setzt auf standardisiertes Ökosystem
  - **REGENERATIVE:** Studie sieht Bedrohung für den Jobmotor Erneuerbare
  - **VERTRIEB:** Düsseldorfer Energiedienstleister EGC benennt sich um
- 

### **MARKTBERICHTE**

- **MARKTKOMMENTAR:** Hormus-Entspannung beruhigt Energiemärkte
- 

### **SERVICE**

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

## ★ TOP-THEMA

# Bürokratieabbau bei Energieeffizienzvorgaben



Das Reichstagsgebäude in Berlin. Quelle: Pixabay / Jörn Heller

## **POLITIK. Die Bundesregierung hat den Entwurf für das Energieeffizienzgesetz beschlossen. Die Wirtschaft soll um 3 Milliarden Euro entlastet werden.**

Zielgerichtete statt pauschaler Vorgaben mit Blick auf besonders energieintensive Betriebe – so kommentiert Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) den in ihrem Haus erarbeiteten Entwurf für das „Gesetz zur Beschleunigung der Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie“ (Energieeffizienzgesetz). Das Bundeskabinett hat dem Papier am 24. Juni zugestimmt. Im Ergebnis entlaste das Gesetz die Wirtschaft um mehr als 3 Milliarden Euro, wird die Ministerin in einer Mitteilung zitiert. „Energieeffizienz senkt Kosten, stärkt die Versorgungssicherheit und erhöht die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen“, so Reiches Credo.

91 Seiten zählt der Gesetzentwurf, in fünf Artikeln sind die Änderungen aufgeführt. In Paragraph 5 des Gesetzentwurfes steht ein neues Primat: „Energieeffizienz an erster Stelle“, ist der Abschnitt überschrieben. Das Primat trifft „juristische Personen“. Sie sollen, bevor sie „Planungsentscheidungen oder größere Investitionsentscheidungen“ treffen, verschiedene Energieeffizienzlösungen bewerten müssen.

In Artikel 1, Paragraph 3 nennt die schwarz-rote Koalition „indikative Einsparbeiträge“. Der Endenergieverbrauch Deutschlands soll demnach im Vergleich zum Jahr 2008 bis zum Jahr 2030 um mindestens 26,5 Prozent auf 1,87 Billionen kWh sinken, der Primärenergieverbrauch um mindestens 39,3 Prozent auf 2,25 Billionen kWh, heißt es. In Paragraph 6 verpflichtet die Regierung öffentliche Einrichtungen „zu jährlichen Einsparungen in ihrem jeweiligen Endenergieverbrauch in Höhe von 1,9 Prozent pro Jahr“.

Die Pflicht zur Einführung von Energie- oder Umweltmanagementsystemen soll künftig erst für Unternehmen ab einem Energieverbrauch von 23,6 Millionen kWh pro Jahr gelten. Bisher liegt die Grenze (Paragraph 8, Absatz 1) bei 7,5 Millionen kWh.

### **„Plattform für Abwärme“ bleibt**

Entfallen soll nach dem Willen des Kabinetts die Verpflichtung zur Nutzung von Abwärme für Unternehmen. „Durch die Änderung in Paragraph 16 entfällt die Pflicht zur Umsetzung von investiven Maßnahmen zur Vermeidung oder Verwendung von Abwärme, stattdessen wird der Fokus auf die Erstellung von Kosten-

Nutzen-Analysen für Betreiber von großen Industrieanlagen, großen Versorgungseinrichtungen sowie großen Rechenzentren gelegt“, erläutert die Regierung. Einer der zentralen Punkte der Kosten-Nutzen-Analyse ist die Frage nach dem Anschluss „an ein Fernwärmenetz oder an ein effizientes oder auf erneuerbarer Energie beruhendes Fernkältesystem oder an andere Anwendungen für die Wärmerückgewinnung“.

Die auf Unternehmensseite kritisch gesehene „Plattform für Abwärme“ findet sich auch in der Novelle. Doch die bestehende Meldepflicht von Abwärme-Potenzialen werde auf Unternehmen mit hohen Energieverbräuchen konzentriert. „Jeder Betreiber einer Industrieanlage ist verpflichtet, bei der Planung oder erheblichen Modernisierung einer Industrieanlage mit einem durchschnittlichen jährlichen Gesamtenergieinput von mehr als 8 MW eine Kosten-Nutzen-Analyse zur Nutzung der technisch unvermeidbaren Abwärme am Standort und außerhalb des Standortes durchzuführen“, heißt es in Paragraph 16. Bei Versorgungseinrichtungen liegt der Schwellwert bei 7 MW, bei Rechenzentren bei 1 MW.

### *Erleichterung für Rechenzentren*

Für neue Rechenzentren will die Regierung die Übergangsfrist zur Einhaltung der Effizienzvorgaben von zwei auf vier Jahre verlängern. Die Frist, bis zu der die Betreiber von Rechenzentren den Stromverbrauch ihrer Anlagen bilanziell zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien decken müssen, soll um drei Jahre auf den 1. Januar 2030 verlängert werden.

Der vom Bundeswirtschaftsministerium eingebrachte Entwurf orientiert sich an den Vorgaben des Koalitionsvertrages und soll der Umsetzung von EU-Recht dienen.

Den Erfüllungsaufwand für Verwaltung beziffert das BMWF auf plus 20,5 Millionen Euro pro Jahr. Für den Bund erhöht sich der jährliche Erfüllungsaufwand um rund 6,3 Millionen Euro, für die Länder um rund 14,2 Millionen. Für die Wirtschaft ergebe sich eine Reduzierung des jährlichen Erfüllungsaufwandes in Höhe von rund 760 Millionen Euro. Der einmalige Erfüllungsaufwand reduziert sich um 2,9 Milliarden Euro.

### *CO2-Einsparung offen*

Nicht beziffern lassen sich laut Ministerium die Einsparungen hinsichtlich Treibhausgasen und Energie durch die Umsetzung des Grundsatzes „Energieeffizienz an erster Stelle“. Denn unklar sei, „wie viele der mittels Kosten-Nutzen-Analysen identifizierten Effizienzlösungen tatsächlich umgesetzt werden und somit zu Einsparungen führen“.

Der [Entwurf des Energieeffizienzgesetzes samt der Änderungen](#) steht auf den Internetseiten des BMWF zum Download bereit. // [VON MANFRED FISCHER](#)

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK &amp; RECHT



HANDEL &amp; MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

## POLITIK & RECHT



Katherina Reiche bei einer Wortmeldung im Deutschen Bundestag. Quelle: Deutscher Bundestag / Juliane Sonntag / photothek

### Verpasste Chancen beim Energieeffizienzgesetz

**VERBÄNDEKRITIK. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche stellt mit dem Energieeffizienzgesetz die Branche nicht zufrieden. Die Regierung bleibe hinter ihren Möglichkeiten zurück, heißt es.**

Das Warten hat ein Ende. Ein Ende mit Licht und Schatten. „Seit Herbst 2024 wartet die deutsche Energiewirtschaft auf die Novelle des Energieeffizienzgesetzes“, erinnerte die Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, Kerstin Andreae, anlässlich des Kabinettsbeschlusses am 24. Juni. Auf 91 Seiten hat das Bundeswirtschaftsministerium zusammengestellt, wie das neue Energieeffizienzgesetz aussehen soll. „Insbesondere besteht die Hoffnung auf den von der Politik zugesagten, spürbaren Bürokratieabbau, den der Gesetzentwurf auf rund 834 Millionen Euro pro Jahr taxiert“, wird Andreae in einer Mitteilung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) zitiert.

Die geplanten Maßnahmen weisen aus Sicht des BDEW „in die richtige Richtung“, seien aber nicht ausreichend. Die Rückführung der Regelungen auf europäisches Recht sei ein entscheidender Schritt in Richtung Entbürokratisierung und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in Europa. „Darüber hinaus wäre dieses Gesetz eine gute Möglichkeit gewesen, die besonderen Sicherheitsanforderungen der Unternehmen der kritischen Infrastruktur zu berücksichtigen und deren Berichts- und Transparenzanforderungen zu begrenzen. Diese Chance wurde verpasst“, so Andreae.

Positiv beurteilt man beim BDEW die Vorgaben zur Abwärmenutzung aus Rechenzentren. „Dass die Nutzung und Integration von Abwärme aus Rechenzentren in Wärmenetzen nun einen gesetzlichen Rahmen bekommen, ist zu begrüßen“, kommentiert Andreae und spricht von einem „Baustein zur Dekarbonisierung der Wärmenetze“.

#### **VKU: Endlich Planungssicherheit für Unternehmen**

Dass das Warten vorüber ist, sorgt auch beim Verband kommunaler Unternehmen für Aufatmen. „Endlich“, so VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing, „bekommen Unternehmen Planungssicherheit, ob und, wenn ja, welche Maßnahmen sie durchführen müssen“. In Summe stütze die Koalition wesentliche Teile des Gesetzes endlich auf das EU-Mindestmaß zurück. „Jedoch bleibt die Bundesregierung hinter ihren Möglichkeiten zurück“, moniert Liebing.

Zufrieden zeigt sich der VKU mit dem Ansatz, dass zukünftig nur noch Unternehmen mit einem durchschnittlichen Gesamtenergieverbrauch von mehr als 23,6 Millionen kWh pro Jahr ein Energie- oder Umweltmanagementsystem einführen müssen. „So können sich Energieberater auf die Unternehmen mit größerem Einsparpotenzial konzentrieren“, so Liebing.

Mit der Plattform für Abwärme gehe Deutschland weiterhin über die EU-Richtlinie hinaus. Die Plattform sei jedoch in dem Entwurf praxistauglicher ausgestaltet. Hintergrund: Künftig sollen allein Unternehmen mit einem Gesamtenergieverbrauch von mehr als 23,6 Millionen kWh jährlich sowie Betreiber von Rechenzentren mit einem nominalen Gesamtenergieinput von mehr als 1 MW ihre unmittelbar anfallenden Abwärmepotenziale registrieren müssen.

#### **DIHK: Wachstumshemmende Vorgaben**

Kritik übt der VKU an „kurzen Fristen“. Unternehmen, die nun erstmals zu einem Energieaudit verpflichtet werden, haben nur ein Jahr Zeit. „Da die Zahl der Auditoren begrenzt ist, ist die Frist schon kurz und sollte verlängert werden“, empfiehlt Liebing.

Nicht weit genug geht die Novelle auch der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK). „Das Gesetz streicht oder entschärft zahlreiche Schwellenwerte, Fristen und Zusatzanforderungen, die die Vorgängerregierung eingefügt hat. Das ist eine erhebliche Erleichterung für die betroffenen Unternehmen, insbesondere für den ohnehin akut durch Bürokratie belasteten Mittelstand“, kommentiert DIHK-Präsident Peter Adrian. Gleichwohl werde das Ziel verfehlt, das Energieeffizienzgesetz konsequent auf die EU-Vorgaben zurückzuführen. Der Entwurf enthalte weiterhin überschießende Anforderungen, wachstumshemmende Vorgaben und praxisferne Regelungen.

Massive Kritik kommt vom Bundesverband Breitbandkommunikation (Breko): „Die Effizienzvorgaben im Kabinettsentwurf gefährden den weiteren Ausbau der dringend notwendigen Rechenzentrumskapazitäten in Deutschland“, meint Geschäftsleiter Sven Knapp. Der Entwurf konterkariere die Nationale Rechenzentrumsstrategie und bremse insbesondere den deutschen IT-Mittelstand als wichtigen Treiber der regionalen Digitalisierung und digitalen Souveränität aus.

Zuspruch bekommt Reiche von ihrem sozialdemokratischen Kabinettskollegen Carsten Schneider (SPD). „Energieeffizienz ist neben den erneuerbaren Energien der zentrale Baustein für eine Energieversorgung, die uns unabhängiger macht von teuren fossilen Energieimporten. Dazu gehört: Rechenzentren sollen künftig effizienter und nachhaltiger arbeiten“, so der Bundesumweltminister. „Strom ist in erster Linie für die Rechenleistung da und nicht für veraltete Kühltechnik.“ // VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG





## Neue Einnahmequelle für Stadtwerke

Der Batteriespezialist Tesvolt baut nicht nur Co-Location-Speicherprojekte und Batterieparks, sondern bietet auch die Vermarktung des Stroms an der Börse und gleichzeitig die Teilnahme am Regenergiemarkt an. So erwirtschaften Stadtwerke besonders hohe Erlöse.

Tesvolt begleitet Stadtwerke von der ersten Idee bis zum laufenden Betrieb der Batteriespeicher. Kunden erhalten alle Leistungen aus einer Hand.

Besuchen Sie Tesvolt auf der **eess Europe 2026**

 **Messe München | Halle B2 | Stand 110**  
 **23. – 25. Juni 2026**

**// JETZT TERMIN FÜR EES EUROPE VEREINBAREN** oder **Kontakt aufnehmen unter +49 (0) 3491 / 87 97 100**

## Verbände fordern Änderungen am StromVKG



Das Gebäude des BMWE in Berlin. Quelle: Shutterstock / nitpicker

**POLITIK. Zur Anhörung des Kraftwerksgesetzes (StromVKG) haben Verbände und Unternehmen Änderungen gefordert. In der Kritik stehen Investitionssicherheit, Wettbewerb und regionale Steuerung.**

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) hat im Zuge der Anhörung des Ausschusses für Klimaschutz und Energie zum Stromversorgungssicherheits- und Kapazitätsgesetz (StromVKG) Nachbesserungen am Gesetzentwurf gefordert. Das Gesetz soll den Bau neuer gesicherter Stromerzeugungskapazitäten ermöglichen und so die Versorgungssicherheit nach dem Kohleausstieg absichern.

Kerstin Andreae, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), erklärte, der Gesetzentwurf der Bundesregierung enthalte wichtige Vorschläge für den Zubau neuer steuerbarer Leistung. Nun müsse der Bundestag das Verfahren zügig voranbringen und zugleich zentrale Regelungen überarbeiten. Zur gesicherten Leistung gehörten wasserstofffähige Gaskraftwerke ebenso wie Batteriespeicher, Sektorkopplung und Flexibilitäten auf Verbrauchsseite. Die ersten Ausschreibungen für sogenannte H2-ready-Gaskraftwerke müssten rasch starten, damit Unternehmen noch 2026 Investitionsentscheidungen treffen könnten.

Der Verband fordert insbesondere mehr Planungssicherheit vor Beginn der Ausschreibungen. Eine beihilferechtliche Genehmigung der Europäischen Kommission sollte nach Ansicht des BDEW vor dem

Start der Ausschreibungen vorliegen. Falls dies nicht möglich sei, müssten Unternehmen Zuschläge ohne finanzielle Nachteile zurückgeben können. Zudem brauche die Branche frühzeitig Klarheit über mögliche Einspeiseentgelte und Baukostenzuschüsse.

Kritisch bewertet der BDEW auch die geplante Gebotsobergrenze. Diese könne dazu führen, dass Kraftwerks- und Speicherprojekte wirtschaftlich nicht darstellbar seien und deshalb nicht an den Ausschreibungen teilnehmen. Sollte der Gesetzgeber an einem Höchstpreis festhalten, müsse dieser die tatsächlichen Projektkosten abbilden und ausreichend Spielraum für Investitionen bieten.

Auch der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) sieht Nachbesserungsbedarf. Der VKU begrüßt zwar den Kabinettsbeschluss zum StromVKG, warnt jedoch vor Wettbewerbsnachteilen für kommunale Unternehmen. Hohe finanzielle Sicherheitsleistungen und kurze Fristen könnten speziell kleinere Marktteilnehmer benachteiligen.

Um eine langfristige Versorgungssicherheit sowohl für die Strom- als auch für die Fernwärmeversorgung sicherzustellen, sei neben den geplanten Ausschreibungen im Rahmen des StromVKG ein zeitnah novelliertes und langfristig tragfähiges Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) notwendig, erinnert der VKU.

### ***Chancen für Stadtwerke öffnen***

Aus Sicht des VKU sollte der Wettbewerb durch eine Begrenzung von Gebots- oder Zuschlagsvolumina einzelner Anbieter gestärkt werden. Außerdem fordert der Verband eine Anhebung des Höchstwertes sowie längere Vorlaufzeiten vor Ausschreibungen. Die Anforderungen an die Bereitstellung von Momentanreserve müssten technisch umsetzbar und wirtschaftlich tragfähig bleiben.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) unterstützt die Kraftwerksstrategie grundsätzlich. Er kritisiert allerdings die bisherigen Verzögerungen bei der Umsetzung und fordert schnelle Ausschreibungen. Zudem mahnt der Gewerkschaftsbund, bei der regionalen Verteilung der neuen Anlagen Verbesserungen an.

Laut Gesetzentwurf sollen zwei Drittel der neuen Kapazitäten im netztechnischen Süden und ein Drittel im Norden entstehen. „Insbesondere an den ostdeutschen Kohlekraftwerksstandorten müssen ebenfalls neue Kapazitäten entstehen können“, kritisiert der DGB-Experte Felix Fleckenstein. Diese bisherige Leerstelle des Gesetzentwurfs sei strukturpolitisch unvermittelbar und erscheine auch aus energiewirtschaftlichen Erwägungen nicht sachgerecht.

Positiv bewertet der DGB die im Gesetzentwurf vorgesehenen Resilienzanforderungen. Nach Auffassung des Gewerkschaftsbundes stärken Mindestanteile europäischer Wertschöpfung die industrielle Basis in Europa. Kritisch sieht der DGB dagegen die geplante Kapazitätsumlage ab 2031. Deren konkrete Ausgestaltung sei bislang offen, obwohl dadurch zusätzliche Kosten für Stromverbraucher entstehen könnten.

### ***Keine fossile Falle aufstellen***

Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) kritisiert vor allem die aus seiner Sicht starke Ausrichtung des Gesetzes auf fossile Gaskraftwerke. Der Verband fordert einen technologieoffenen Kapazitätsmechanismus, der Batteriespeicher, Bioenergie, Lastflexibilitäten und Sektorkopplung gleichberechtigt berücksichtigt. Zudem müsse für neue Gaskraftwerke ein verbindlicher Dekarbonisierungspfad mit klimaneutralen Energieträgern festgelegt werden.

Der Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz betont, dass neue Kapazitäten nicht nur in ausreichender Menge, sondern auch an den richtigen Standorten entstehen müssten. Der vorgesehene Südbonus sei ein geeignetes Instrument, müsse aber so weiterentwickelt werden, dass auch im Norden und Osten ausreichend neue Kraftwerke entstehen. // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

## E-Mobilität effektivste Wahl für Verkehrswende



Quelle: Shutterstock / ModernNomads

**MOBILITÄT. Experten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft erörterten beim Zukunftsforum Energiewende die Rolle von E-Mobilität, Wasserstoff und E-Fuels für die Dekarbonisierung im Verkehr.**

Beim Zukunftsforum Energiewende in Berlin haben Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft über die zukünftige Ausrichtung der Verkehrswende diskutiert. Im Mittelpunkt stand die Frage, welche Rolle batterieelektrische Antriebe, Wasserstoff und E-Fuels künftig für den Klimaschutz und die Industriepolitik spielen sollen.

Prof. Martin Wietschel, Leiter der Abteilung Energietechnologien am Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) in Karlsruhe, sieht batterieelektrische Antriebe klar im Vorteil. E-Fuels würden dauerhaft höhere Kosten verursachen als die Elektromobilität. Zudem würden E-Fuels überwiegend außerhalb Europas produziert. Angesichts anhaltender geopolitischer Unsicherheiten sei dies ein Nachteil.

Wietschel verwies zudem auf die geringere Energieeffizienz von Verbrennungsmotoren. E-Fuels und andere alternative Kraftstoffe wie Wasserstoff oder Biokraftstoffe seien daher für Anwendungen geeignet, die sich nur schwer elektrifizieren lassen. Dazu zählten etwa der Flug- und Schiffsverkehr. Für diese Bereiche würden nach Wietschels Angaben künftig zwischen 150 und 180 Milliarden kWh alternativer Energieträger benötigt. Diese Mengen stünden zugleich in Konkurrenz zum Bedarf der Industrie.

### *Auch Schwerlasttransport elektrisch möglich*

Auch im Schwerlastverkehr sieht Wietschel größere Potenziale für batterieelektrische Antriebe als häufig angenommen. Nach seiner Einschätzung könnten rund 50 Prozent der Fahrten batterieelektrisch erfolgen. Dafür genüge häufig das Laden während gesetzlicher Ruhezeiten oder über Nacht auf Betriebshöfen. Teilnehmer der Diskussion verwiesen auf geringere Wartungskosten und Mautvorteile, die elektrisch angetriebene Lastwagen zusätzlich wirtschaftlicher machten.

Kritik an der Ausgestaltung der Förderung für Elektrofahrzeuge äußerte Julian Joswig, Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen. „Auch Plug-in-Hybride und Fahrzeuge mit Range Extender die Kaufprämie einzubeziehen, verringert den möglichen Klimaschutzeffekt“, sagte er. Zudem sprach er sich gegen eine Förderung ohne Berücksichtigung der Herkunft der Fahrzeuge aus. Nach seiner Einschätzung komme sie insbesondere Herstellern aus China zugute.

### *Ladeinfrastruktur wächst*

Die Regierung setzt nach Angaben von Eva Ackermann, Leiterin des Referats Erneuerbare Energien im Bundesverkehrsministerium (BMF), auf einen weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur für LKW. Vorgesehen seien 350 Lade-Standorte entlang der Autobahnen sowie Ladepunkte in Depots und an öffentlichen Standorten. Ziel sei eine stärkere Elektrifizierung des Güterverkehrs.

Christian Küchen, Hauptgeschäftsführer des Wirtschaftsverbands Fuels und Energie (en2x) mit Sitz in Berlin, verwies darauf, dass die Auslastung vieler Ladesäulen derzeit noch nicht ausreiche, um deren Betrieb wirtschaftlich zu gestalten. Die Branche setze jedoch auf einen wachsenden Markt. Laut Küchen leisten Biokraftstoffe derzeit den größten Beitrag zur Dekarbonisierung des Verkehrs und das Potenzial sei noch deutlich größer.



Podiumsdiskussion (von links): Christian Küchen (En2X), Julian Joswig, (MdB Grüne), Eva Ackermann (BMV), Marc Krüger (Dekra), Stephan Herbst (Toyota) Moderatorin Ulrike Drachsel (Forum für Zukunftsenergien)

Quelle: Susanne Harmsen

### ***E-Fuels ohne Sicherheit***

Zugleich kritisierte Küchen die aus seiner Sicht fehlenden langfristig verlässlichen politischen Rahmenbedingungen für E-Fuels. Allein für die Versorgung des heutigen Fahrzeugbestands seien solche Investitionen nicht wirtschaftlich. Investitionen in entsprechende Produktionsanlagen seien mit hohen Risiken verbunden. Unternehmen benötigten Planungssicherheit darüber, dass die Dekarbonisierung auch europaweit und international voranschreite und langfristig Nachfrage nach Wasserstoff und anderen alternativen Kraftstoffen bestehe.

Für Technologieoffenheit sprach sich auch Stephan Herbst aus, der bei Toyota Motor Europe den Bereich Wasserstoff-Cluster verantwortet. PKW würden in Deutschland derzeit durchschnittlich zwölf Jahre beim Erstbesitzer genutzt. Dies sei auch auf die Verunsicherung vieler Kunden hinsichtlich neuer Antriebstechnologien zurückzuführen. Mit Blick auf den internationalen Wettbewerb hob Herbst die Entwicklung in China hervor. Dort seien 2025 rund 17.000 Brennstoffzellen-Lkw neu zugelassen worden. Europa müsse den technologischen Anschluss halten, um Wertschöpfung in diesem Bereich zu sichern.

Marc Krüger, Senior Policy Advisor bei der Dekra, sieht die Elektromobilität insgesamt auf einem positiven Entwicklungspfad. Nach seinen Angaben existiert bislang zudem nur ein begrenzter Markt für gebrauchte E-Fahrzeuge. Ursache sei die Unsicherheit vieler Käufer hinsichtlich der Haltbarkeit von Batterien. Mit Verfahren zur Prüfung von Batterien während ihrer gesamten Nutzungsdauer will die Dekra die Akzeptanz gebrauchter Elektrofahrzeuge erhöhen. // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK &amp; RECHT



HANDEL &amp; MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

## HANDEL & MARKT



Dach-PV-Anlage. Quelle: Pixabay / cverkest

### EnBW-Studie analysiert Chancen der Kreislaufwirtschaft

#### **PHOTOVOLTAIK. Eine Fallstudie von EnBW und Deloitte sieht wirtschaftliche Potenziale der Kreislaufwirtschaft in der Photovoltaik. Besonders Reparatur und Wiederverwendung könnten Kosten reduzieren.**

Kreislaufwirtschaft in der Photovoltaik kann nach Einschätzung von EnBW und Deloitte nicht nur Ressourcen schonen, sondern bereits heute wirtschaftliche Vorteile für Energieunternehmen bringen. Zu diesem Ergebnis kommt eine gemeinsame Fallstudie der beiden Unternehmen, die die Wertschöpfungskette von Photovoltaikanlagen untersucht hat. Im Mittelpunkt stehen dabei Reparatur, Wiederverwendung und Recycling von Komponenten.

Den Studienautoren zufolge geht Kreislaufwirtschaft deutlich über das klassische Recycling hinaus. Ziel müsse es sein, Produkte und Materialien möglichst lange im Wirtschaftskreislauf zu halten und dadurch Abfallmengen, Kosten sowie die Abhängigkeit von Primärrohstoffen zu verringern. Vor dem Hintergrund wachsender geopolitischer Risiken und steigender Rohstoffabhängigkeiten gewinne dieser Ansatz zusätzlich an Bedeutung.

Die Untersuchung identifiziert mehrere Maßnahmen, die sich nach Einschätzung der Verfasser bereits kurzfristig und mit überschaubarem Aufwand umsetzen lassen. So könnten beschädigte Photovoltaikmodule aus Bau und Betrieb an spezialisierte Dienstleister zur Wiederaufbereitung oder zum hochwertigen Recycling weitergegeben werden. Erste Praxistests hätten gezeigt, dass dies kostenneutral möglich sei und teilweise sogar Erlöse generiere. Auch die Reparatur und Wiederverwendung von Wechselrichtern und Modulen könne die Betriebskosten senken und die Nutzungsdauer der Anlagen verlängern.

#### *Chancen durch den Rückbau großer PV-Parks*

Lothar Rieth, Leiter Nachhaltigkeit bei EnBW, erklärte, Kreislaufwirtschaft werde im Unternehmen nicht als abstraktes Nachhaltigkeitsthema betrachtet, sondern als betriebswirtschaftliche Herausforderung. Die Studie zeige, dass in diesem Bereich ein erhebliches Potenzial für die Energiewirtschaft liege. Der Fokus verschiebe sich zunehmend von grundsätzlichen Konzepten hin zu konkreten operativen Maßnahmen.

Größere wirtschaftliche Chancen sehen die Autoren allerdings mittel- und langfristig. Mit dem erwarteten Rückbau der ersten großen Photovoltaik-Parks ab etwa 2035 würden erhebliche Mengen an Sekundärrohstoffen wie Stahl, Aluminium, Kupfer und Silizium verfügbar.

Unternehmen, die früh Erfahrungen mit Reparatur-, Wiederverwendungs- und Recyclingverfahren sammeln, könnten sich in entstehenden Märkten für Sekundärmaterialien positionieren und von steigenden Rohstoffpreisen profitieren. Voraussetzung sei jedoch, Materialkreisläufe entlang der gesamten Wertschöpfungskette neu zu organisieren und Kooperationen mit Dienstleistern sowie weiteren Marktpartnern aufzubauen.

Die Studie weist zugleich darauf hin, dass einzelne Unternehmen die Transformation nicht allein bewältigen können. Erforderlich seien branchenweite Initiativen, neue Geschäftsmodelle für Sekundärrohstoffe und geeignete politische Rahmenbedingungen. Dazu zählten unter anderem die Förderung von Recyclingkapazitäten, einheitliche Standards und mehr Transparenz in den Lieferketten.

Deloitte-Partner Matthias Schmidt betonte, dass sich die Vorteile der Kreislaufwirtschaft bereits dort zeigten, wo Unternehmen direkten Einfluss auf ihre Prozesse hätten. Um geschlossene Materialkreisläufe zu etablieren, müssten jedoch Märkte geschaffen, Technologien weiterentwickelt und Standards harmonisiert werden. Unternehmen sollten deshalb nicht auf regulatorische Vorgaben warten, sondern frühzeitig Erfahrungen sammeln und ihre Geschäftsmodelle anpassen.

Die Studie mit dem Titel „**Ressourcen sparen, Kosten senken und Resilienz stärken?**“ steht auf der Internetseite von Deloitte zum Download zur Verfügung. // [VON FRITZ WILHELM](#)

[^ Zum Inhalt](#)

## Octopus kündigt Stromspeicher für Mieter an



Quelle: Fotolia / sdecoret

**STROMSPEICHER. Octopus Energy hat zwei Speicherlösungen vorgestellt, die auch Haushalten ohne eigene Photovoltaikanlage eine profitable Nutzung der Batterien ermöglichen sollen.**

Das neue Angebot richtet sich an Eigenheimbesitzer und Mieter und soll ihnen ermöglichen, ihren Eigenverbrauch zu optimieren und von günstigen Strompreisen zu profitieren, wenn der Anteil an erneuerbaren Energien im Netz hoch ist.

Der Energieversorger hat dafür zwei neue Batteriespeicherprodukte angekündigt. Die Lösungen mit den Namen „Powerbank“ und „Powerbank XL“ wurden am 22. Juni vorgestellt und richten sich an unterschiedliche Kundengruppen.

Die größere Variante „Powerbank XL“ ist für Eigenheimbesitzer ohne eigene Solaranlage vorgesehen. Das Paket umfasst laut Octopus einen Batteriespeicher mit rund 10 kWh Kapazität. Gegen eine Einmalzahlung von 1.999 Euro sollen Kunden zehn Jahre lang für die ersten 2.000 kWh Jahresverbrauch keine Stromkosten zahlen. Für darüber hinausgehenden Verbrauch gelte der reguläre Arbeitspreis des Anbieters.

Mit der kleineren „Powerbank“ adressiert das Unternehmen insbesondere Mieterhaushalte. Der Speicher mit einer Kapazität von rund 2 kWh wird über eine Steckdose angeschlossen. Der Anbieter spricht in diesem Zusammenhang von „Feierabendstrom“ für nachfragestarke Stunden, der zu Zeiten günstiger Strompreise eingespeichert worden sei.

„Die Energiewende darf kein Privileg für Menschen mit Eigenheim und Solardach sein“, sagt Bastian Gierull, CEO von Octopus Energy Germany und richtet sein Augenmerk besonders auf Mieter.

Darüber hinaus kündigte das Unternehmen an, seine Speicherangebote ab 2027 auch mit eigener Hardware auszustatten. Die Einführung ist zunächst für Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien vorgesehen. Weitere Einzelheiten will Octopus nach eigenen Angaben in der zweiten Jahreshälfte bekanntgeben. Interessenten können sich jedoch bereits für beide Produkte registrieren. Angaben zu Lieferterminen oder verfügbaren Stückzahlen machte das Unternehmen bislang nicht. // VON FRITZ WILHELM

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

## Mit Price-Protect Energie managen

**ENERGIE  
FUNK**

IM GESPRÄCH MIT JOCHEN SCHNEIDER,  
GESCHÄFTSFÜHRER DER WATTSTOR DEUTSCHLAND GMBH

**ENERGIE MANAGEN STATT TARIFE VERHANDELN**

Quelle: E&M



**E&M-PODCAST. Es ist nicht mehr zeitgemäß, die Stromkosten im Unternehmen über klassische Tarifmodelle zu steuern. Eine effizientere Lösung präsentiert Wattstor-Geschäftsführer Jochen Schneider.**

Der Energiemarkt hat sich grundlegend verändert: Preisschwankungen sind heute kein Ausnahmefall mehr, sondern systembedingt. Phasen mit negativen Strompreisen stehen extremen Preisspitzen gegenüber – getrieben durch den wachsenden Anteil erneuerbarer Energien und gleichzeitig begrenzten Netzkapazitäten. Für Unternehmen bedeutet das ein deutlich höheres Maß an Unsicherheit und ein steigendes Risikoprofil.

Jochen Schneider, seit über 25 Jahren in der Energieversorgung aktiv, erläutert als Geschäftsführer der Wattstor die kommerziellen Vorteile des innovativen Price-Protect-Tarifs.

Damit verliere das frühere „Entweder-Oder“ zwischen Marktbezug und Eigenversorgung zunehmend an Bedeutung. Stattdessen setzen sich hybride Modelle durch, die unterschiedliche Elemente kombinieren: lokale Erzeugung, Speicherlösungen und eine flexible Beschaffungsstrategie. Entscheidend ist dabei nicht die einzelne Technologie, sondern ihr Zusammenspiel, das Wattstor als Dienstleister und Versorger anbietet. Erst die Integration der Komponenten schaffe laut Schneider ein Energiesystem, das sowohl wirtschaftlich tragfähig als auch langfristig resilient gegenüber Marktveränderungen ist.

### Gesprächspartner:

- Jochen Schneider, Geschäftsführer der Wattstor Deutschland GmbH

**ENERGIE  
FUNK**

IM GESPRÄCH MIT JOCHEN SCHNEIDER,  
GESCHÄFTSFÜHRER DER WATTSTOR DEUTSCHLAND GMBH

**ENERGIE MANAGEN STATT TARIFE VERHANDELN**



Um zum Podcast zu gelangen, klicken Sie bitte auf das Bild  
Quelle: E&M

### Warum Energiefunk?

Vierzehntäglich mittwochs bringt eine neue Folge des *Energiefunks* Fakten, Meinungen und Skurriles aus der Energiewelt. Neben dem Bericht steht die persönliche Meinung, der Aufruf, Ausbruch oder die plötzliche Einsicht der Energieakteure im Mittelpunkt. Dazu gehören Kurzinterviews aus Politik, Verbänden, Unternehmen oder Wissenschaft, Schlagzeilen der Woche, Trends, Entwicklungen, Prognosen zu aktuellen Prozessen in der Energiewelt und natürlich Meldungen aus der digitalen Welt. Auch das Kurzporträt eines Unternehmens oder innovativen Projekts wird aus aktuellem Anlass gezeichnet.

Wir nehmen die Macher der Energiewelt beim Wort. Ganz gleich, ob Erfolgsmeldung oder Rückzugsgefecht, bei uns stehen Politiker, Unternehmer oder Forscher Rede und Antwort. Zündende Idee oder Schlag in Wasser? Entscheiden Sie selbst beim Zuhören. Oder schicken Sie uns Ihre Meinung zum Thema.

Hören ist manchmal leichter als Lesen. Es geht auch unterwegs oder beim Autofahren oder sogar im Dunkeln. Und Sie bekommen den Originalton. Keine gefilterten Berichte, sondern die Aussage pur. Als wären Sie dabei, sozusagen „Ohrenzeuge“. Das kann Sie erheitern, aufregen, den Kopf schütteln oder die Ohren spitzen lassen. Die Wahl liegt bei Ihnen – also Reinhören!

Der *E&M Energiefunk* kann bei [iTunes](#), über [Spotify](#), auf SoundCloud sowie bei [Deezer](#) und [Google Play Music](#) und [Amazon Alexa](#) oder per [RSS-Feed](#) abonniert und angehört werden. Bei [Google Play](#) gibt es ihn auch als App. // VON SUSANNE HARMSSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

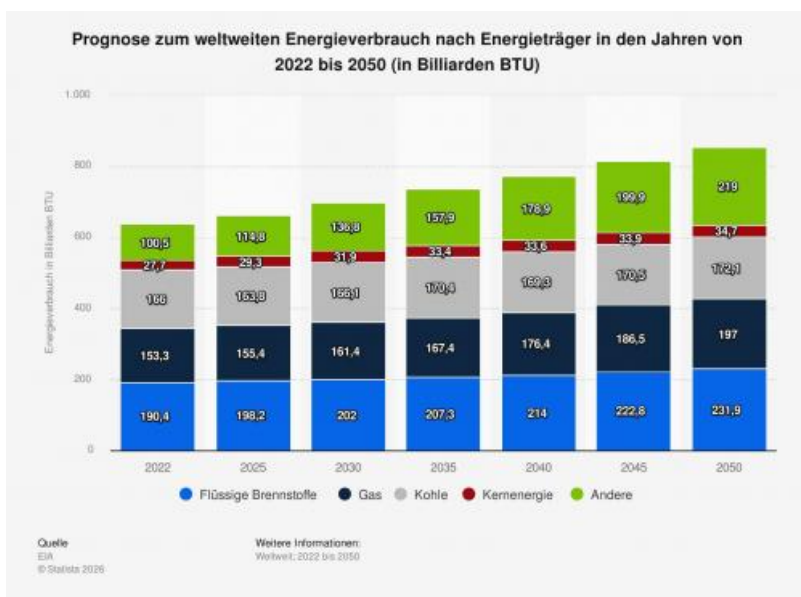
[^ Zum Inhalt](#)

## Prognose zum weltweiten Energieverbrauch bis 2050



Quelle: E&M / Pixabay

**STATISTIK DES TAGES . Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.**



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Für das Jahr 2025 wird prognostiziert, dass weltweit rund 35 Billionen BTU Energie aus Kernkraft verbraucht werden. BTU steht für British thermal unit. BTU ist definiert als die Wärmeenergie, die benötigt wird, um ein britisches Pfund Wasser um ein Grad Fahrenheit zu erwärmen. // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK &amp; RECHT



HANDEL &amp; MARKT

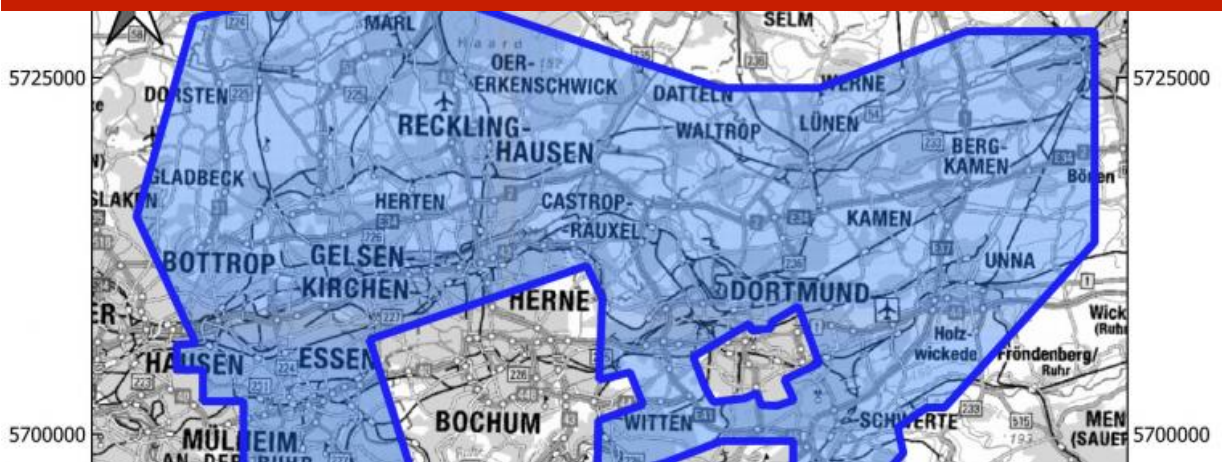


TECHNIK



UNTERNEHMEN

## TECHNIK



Das Erkundungsgebiet im Ruhrgebiet. Quelle: Steag Iqony Group

## Größtes Geothermie-Erlaubnisfeld Deutschlands entsteht

**GEOthermie.** Die Bezirksregierung Arnsberg hat die bislang größte deutsche Aufsuchungserlaubnis für Geothermie vergeben. Ein Konsortium will das Erdwärmepotenzial im Ruhrgebiet erkunden.

Die Bezirksregierung Arnsberg hat die Aufsuchungserlaubnis „Erdwärme Metropole Ruhr“ erteilt. Mit einer Fläche von 1.640 Quadratkilometern handelt es sich nach Angaben der Projektpartner um das bislang größte Geothermie-Erlaubnisfeld in Deutschland. Das Gebiet erstreckt sich von Oberhausen bis Hamm sowie von Marl bis Schwerte.

An dem Vorhaben beteiligen sich Eon Business Solutions Deutschland, DMT, Deutsche Erdwärme, Fernwärmeversorgung Niederrhein, Iqony Fernwärme, Iqony Wärme und die Hertener Stadtwerke. Die Unternehmen verfolgen das Ziel, die Potenziale der tiefen Geothermie für die Wärmeversorgung der Metropolregion Ruhr zu erschließen und damit zur Dekarbonisierung des Wärmesektors beizutragen, teilte die Unternehmen am 24. Juni mit.

„Das Ruhrgebiet ist Wärmewende-Pionier“, sagte Matthias Ohl, CEO des Fernwärmegeschäfts von Iqony. Die Region hat laut Ohl „großes Fernwärmepotenzial“ – dicht, industriell, voller ungenutzter Wärmequellen. Die Geothermie könne dort ein starkes Standbein der Wärmeversorgung der Zukunft sein.

### Seismische Untersuchungen als erster Projektschritt

Die Aufsuchungserlaubnis bildet die rechtliche Grundlage für die Erkundung möglicher geothermischer Reservoirs. In einer ersten Phase wollen die Projektpartner vorhandene Daten auswerten und geophysikalische Untersuchungen durchführen. Geplant sind zunächst zweidimensionale seismische Messungen, um die geologischen Strukturen im Untergrund zu erfassen.

Auf Basis dieser Ergebnisse sollen anschließend dreidimensionale seismische Untersuchungen folgen. Sie dienen einer detaillierteren Abbildung potenziell geeigneter Reservoirstrukturen und sollen die Grundlage für mögliche Explorationsbohrungen schaffen. Die beteiligten Unternehmen planen zudem die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens. Die Umsetzung steht noch unter dem Vorbehalt der fusionskontrollrechtlichen Prüfung durch die zuständigen Behörden.

Perspektivisch soll die geothermische Wärme in bestehende und neue Wärmenetze eingespeist werden. Damit könnten fossile Energieträger in der Wärmeversorgung ersetzt werden. Das Ruhrgebiet gilt aufgrund seiner dichten Besiedlung, seiner industriellen Struktur und seiner umfangreichen Fernwärmeinfrastruktur als potenziell geeigneter Standort für großskalige Geothermieprojekte.

#### *Beitrag zum Geothermie-Ausbau in Nordrhein-Westfalen*

Die Projektpartner ordnen das Vorhaben in die Geothermie-Strategie des Landes Nordrhein-Westfalen ein. Der Masterplan Geothermie des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministeriums geht davon aus, dass Geothermie langfristig einen relevanten Anteil der Wärmeversorgung des Landes übernehmen könnte. Demnach ließen sich perspektivisch bis zu 20 Prozent des Wärmebedarfs in Nordrhein-Westfalen durch geothermische Quellen decken.

Mit der Erteilung der Aufsuchungserlaubnis beginnt zunächst die Explorationsphase. Ob und an welchen Standorten später geothermische Anlagen entstehen, hängt von den Ergebnissen der geologischen Untersuchungen und möglicher Probebohrungen ab. Das Vorhaben zählt nach Auskunft der Projektpartner zu den größten Geothermieprojekten in Deutschland und könnte wichtige Erkenntnisse für den weiteren Ausbau der tiefen Geothermie in urbanen Regionen liefern. // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

Verbund

Energie speichern.  
Die Region bereichern.

Mehr erfahren!

## Pumpspeicher Kühtai 2 in Tirol bald im Probetrieb



Visualisierung des Erweiterungsprojektes Kühtai (Kühtai 2) im Winter. Quelle: Tiwag

**ÖSTERREICH. Die Anlage steigert die Flexibilität des Kraftwerks Sellrain-Silz erheblich. Wegen der witterungsbedingt schwankenden Stromproduktion mittels Wind und Sonne gewinnt das an Bedeutung.**

Voraussichtlich am 7. August nimmt das neue Pumpspeicherkraftwerk Kühtai 2 des landeseigenen Tiroler Energiekonzerns Tiwag den Probetrieb auf. Das berichtete Projektleiter Klaus Feistmantl bei einem Lokalaugenschein mit der Presse auf der Baustelle am 23. Juni.

Geplant ist, den regulären Betrieb Ende 2027 zu beginnen. Kühtai 2 ist eine zweite Oberstufe des Kraftwerks Sellrain-Silz etwa 40 Kilometer westlich von Innsbruck mit derzeit etwa 781 MW Gesamtleistung. Auf die bestehende Oberstufe, den Pumpspeicher Kühtai, entfallen davon bis zu 289 MW. Die exakten Werte hängen vom Füllstand der Speicher ab. Das auf etwa 2.100 Metern Seehöhe gelegene Kühtai 2 verfügt über einen Speichersee mit 31 Millionen Kubikmetern Fassungsvermögen, der den Speicher Finstertal mit 60 Millionen Kubikmetern und den 400 Meter tiefer gelegenen Speicher Längental mit 3 Millionen Kubikmetern ergänzt.

Der neue See liegt etwa 180 Meter tiefer als der Speicher Finstertal. Er ist mit ihm über einen nach Westen verlaufenden 1.600 Meter langen Triebwasserweg samt dem neuen im Berg verbauten Kraftwerk Kühtai 2 mit seinen zwei je 95 MW starken Pumpenturbinen verbunden. Eine Verbindung zum Speicher Längental besteht indirekt über den Speicher Finstertal.

Die Tiwag wird den Speicher Finstertal und den neuen Speicher Kühtai nutzen, um abhängig von den Preisen im Stromgroßhandel Wasser hin und her zu pumpen respektive zu turbinieren sowie Spitzenstrom zu erzeugen, wenn dies wirtschaftlich attraktiv ist. So kann sie die Flexibilität von Sellrain-Silz erheblich steigern. Dies ist angesichts der steigenden witterungsbedingt schwankenden Stromproduktion mit Windparks und Photovoltaikanlagen von zunehmender Bedeutung.

Im bestehenden Pumpspeicherkraftwerk Kühtai wird das Wasser nochmals zur Stromproduktion genutzt und gelangt über den Speicher Längental sowie den daran anschließenden Triebwasserweg zum 1.250 Meter tiefer im Inntal gelegenen Kraftwerk Silz mit 500 MW, wo es ein weiteres Mal abgearbeitet wird.



Schüttdamm des Pumpspeicherkraftwerkes Kühtai 2  
Quelle: Klaus Fischer

### **Lange Verfahren**

Von Silz aus lässt sich das Wasser nicht neuerlich emporpumpen. Statt dessen wird es über ein im Zuge des Projekts Kühtai 2 errichtetes Ausgleichsbecken mit 300.000 Kubikmetern Volumen in den Inn abgegeben. Durch das Becken lässt sich die Schwallproblematik entschärfen: Die maximale Schwallhöhe

kann um etwa ein Drittel reduziert werden. Insgesamt erhöht sich die jährliche Stromerzeugung der Kraftwerksgruppe Sellrain-Silz mit Kühtai 2 um 41 Prozent oder 216 Millionen kWh auf 747 Millionen kWh.

Der zuständige Vorstandsdirektor der Tiwag, Alexander Speckle, berichtete, Kühtai 2 sei eines der derzeit größten Pumpspeicherprojektvorhaben Europas. Mit den Planungen begann die Tiwag 2006, drei Jahre später leitete sie die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ein. Nach der Genehmigung durch den Verfassungs- und den Verwaltungsgerichtshof begann sie 2019 mit dem Bau.

Speckle konstatierte bei dem Vor-Ort-Termin, die Genehmigungsverfahren für Kraftwerksprojekte dauerten zu lange. Auf Anfrage der Redaktion, was er sich von der kommenden Novelle des UVP-Gesetzes erhoffe, beschied Speckle sinngemäß, verständlicherweise solle diese so gestaltet werden, dass sie die raschere Genehmigung von Vorhaben ermögliche: „Wir beteiligen alles und jeden an den Verfahren und wundern uns dann, dass nichts weitergeht.“

### *Ausbau im Kautertal*

Die Kosten für Kühtai 2 beziffert die Tiwag mit rund 1,13 Milliarden Euro. In seiner bestehenden Form wurde Sellrain-Silz in den Jahren 1977 bis 1981 errichtet und ist das bislang stärkste Kraftwerk der Tiwag. Die Stufe Silz mit den genannten 500 MW ist für sich genommen nach wie vor das leistungsstärkste Speicherkraftwerk Österreichs. Sie übertrifft auch den neuesten Pumpspeicher Österreichs, Limberg III, der auf 480 MW kommt. Noch stärker wird erst das Lünenseewerk II der Vorarlberger Illwerke-VKW mit 1.000 MW, das 2037 in Betrieb gehen soll.

Die Tiwag selbst arbeitet an einer Erweiterung des Kraftwerks Kautertal etwa 40 Kilometer westlich von Sellrain-Silz. Dieses kommt zurzeit auf 392 MW. Rechtskräftige Genehmigungen für den Bau des Speichers Platzertal mit 42 Millionen Kubikmetern Volumen sowie des 400 MW leistenden Pumpspeicherkraftwerks Versetz erstrebt die Tiwag für 2029.

Das 1,6 Milliarden Euro teure Vorhaben ist umstritten. Umweltorganisationen argumentieren mit der angeblichen Zerstörung hochalpiner Lebensräume. Nicht zerstreuen konnten diese Bedenken bis dato die umfangreichen Ausgleichsmaßnahmen, die die Tiwag im Rahmen von Kühtai 2 setzte und die mit rund 80 Millionen Euro zu Buche schlugen. Unter anderem renaturierte Abschnitte sie Teile der Ötztaler Ache sowie Teile der Innauen bei Langkampfen südlich von Kufstein. // VON KLAUS FISCHER

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

## BEW startet Milliardenumbau in Klingenberg



BEW-Heizkraftwerk Klingenberg in Berlin.  
Quelle: Susanne Harmsen

**WÄRME.** Die BEW Berliner Energie und Wärme investiert mehr als eine Milliarde Euro in den Umbau des Standorts Klingenberg in Berlin-Lichtenberg und treibt damit die Wärmewende voran.

Der Aufsichtsrat der BEW Berliner Energie und Wärme GmbH hat einen Investitionsrahmen von mehr als einer Milliarde Euro für die Weiterentwicklung des Kraftwerksstandorts Klingenberg in Berlin-Lichtenberg beschlossen. Nach Angaben des landeseigenen Berliner Fernwärmerversorgers soll damit eines der wichtigsten Transformationsprojekte für die Dekarbonisierung der Berliner Fernwärme umgesetzt werden.

Der Standort Klingenberg zählt zu den größten Erzeugungsanlagen im Berliner Fernwärmesystem und versorgt insbesondere den Osten der Hauptstadt. Die Investitionen sollen den Umbau des Areals an der Köpenicker Chaussee zu einem Energiepark ermöglichen. Die BEW plant, die Arbeiten während des

laufenden Betriebs umzusetzen. Der Standort feiert im Jahr 2026 sein 100-jähriges Bestehen. Laut BEW soll die Anlage künftig Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und einen steigenden Anteil CO<sub>2</sub>-freier Wärmeerzeugung miteinander verbinden.

Franziska Giffey, Berliner Wirtschaftssenatorin (SPD) und Vorsitzende des BEW-Aufsichtsrats, bezeichnete die Entscheidung als wichtigen Schritt für die Wärmewende in der Hauptstadt. Mit den Investitionen werde der traditionsreiche Standort langfristig klimaneutral ausgerichtet. Ziel sei es, die Wärmeversorgung der Berliner Bevölkerung nachhaltig und bezahlbar zu sichern.

### *Technologiemix geplant*

Nach Angaben der BEW sieht das Konzept für Klingenberg einen Technologiemix aus mehreren Erzeugungsformen vor. Geplant sind eine neue Kraft-Wärme-Kopplungsanlage auf Basis von Ersatzbrennstoffen, Power-to-Heat-Anlagen sowie wasserstofffähige Gas-Heißwassererzeuger. Perspektivisch soll zudem Abwärme aus einem Rechenzentrum über Großwärmepumpen in das Fernwärmesystem eingebunden werden. Das Unternehmen erwartet dadurch eine höhere Flexibilität bei der Wärmeerzeugung und eine langfristige Absicherung der Versorgung im Berliner Osten.

BEW-CEO Christian Feuerherd erklärte, die Entscheidung des Aufsichtsrats ermögliche es dem Unternehmen, die nächsten Planungsschritte mit größerer Verbindlichkeit voranzutreiben und den Umbau weiter zu konkretisieren.

### *Personelle Kontinuität*

Parallel zum Investitionsbeschluss verlängerte der Aufsichtsrat den Vertrag von Technikgeschäftsführerin Kerstin Busch um weitere fünf Jahre. Busch verantwortet seit 2024 den technischen Betrieb, die Wärmeerzeugung sowie die Umsetzung zentraler Transformationsprojekte des Unternehmens.

Nach Angaben der BEW soll die Vertragsverlängerung die Kontinuität bei der Umsetzung der Wärmewende sichern. Giffey verwies in diesem Zusammenhang auf die technische Expertise von Busch und ihre Rolle bei der Realisierung der laufenden Projekte. Auch Feuerherd betonte die Bedeutung ihrer Erfahrung für die anstehenden Investitionen.

Der Umbau von Klingenberg ist Teil des aktualisierten Dekarbonisierungsfahrplans der BEW, den das Unternehmen wie berichtet im Mai vorgestellt hatte. Dieser sieht einen Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2030 vor. Bis 2045 soll die Fernwärmeversorgung nach Unternehmensangaben klimaneutral werden.

// VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

## Südlink erreicht Etappe an der Elbquerung



Quelle: Tennet

**STROMNETZ.** Die Stromtrasse Südlink hat eine weitere Hürde genommen. Nach 5,2 Kilometern Tunnelbau unter der Elbe beginnt nun die nächste Bauphase bis 2028.

Der Übertragungsnetzbetreiber Tennet mit Sitz in Bayreuth hat den Tunnelvortrieb für die Elbquerung der Stromtrasse Südlink abgeschlossen. Die speziell für das Projekt gefertigte Tunnelbohrmaschine erreichte nach Angaben von Tennet den Zielschacht in Wischhafen nahe Stade (Niedersachsen). Damit ist der tiefbautechnische Teil eines der anspruchsvollsten Abschnitte der rund 700 Kilometer langen Gleichstromverbindung beendet.

Die Tunnelröhre verbindet Wewelsfleth in Schleswig-Holstein mit Wischhafen in Niedersachsen. Sie verläuft auf einer Länge von 5,2 Kilometern unter der Elbe. Laut Tennet stellte die Unterquerung hohe Anforderungen an Planung und Bauausführung. Die Bohrmaschine arbeitete sich durch unterschiedliche Boden- und Sedimentschichten. Unter der Schifffahrtsrinne der Elbe mussten die Bauarbeiten zudem unter erhöhtem Druck erfolgen. Nach Angaben des Netzbetreibers begannen die Bohrungen Anfang Februar 2025.

### *Sechs Kabel sollen durch den Tunnel führen*

Mit dem Erreichen des Zielschachts endet das Projekt an dieser Stelle noch nicht. In den kommenden Monaten baut Tennet die Tunnelbohrmaschine aus und bereitet die Röhre für den späteren Kabeleinzug vor. Nach Unternehmensangaben sollen insgesamt sechs Kabel verlegt werden. Vorgesehen sind jeweils zwei Kabel pro Übertragungssystem sowie zwei zusätzliche Ersatzkabel. Diese sollen spätere Wartungsarbeiten erleichtern und die Verfügbarkeit der Verbindung erhöhen.

Südlink gehört zu den zentralen Netzausbauprojekten der Energiewende. Die Gleichstromverbindung soll künftig Windstrom aus Norddeutschland nach Bayern und Baden-Württemberg transportieren. Verantwortlich für den nördlichen Abschnitt ist Tennet. Den südlichen Teil der Trasse realisiert die Transnet BW GmbH aus Stuttgart, die das Übertragungsnetz in Baden-Württemberg betreibt.

### *Inbetriebnahme Ende 2028 geplant*

Die Inbetriebnahme der gesamten Leitung ist weiterhin für Ende 2028 vorgesehen. Der Netzbetreiber wertet den abgeschlossenen Tunnelvortrieb als wichtigen Baufortschritt auf dem Weg zu diesem Termin. Die Elbquerung gilt innerhalb des Gesamtprojekts als einer der technisch anspruchsvollsten Abschnitte.

Südlink wird seit dem Sommer 2023 gebaut. Die Verbindung soll nach ihrer Fertigstellung große Mengen erneuerbaren Stroms zwischen Nord- und Süddeutschland transportieren und damit zur Integration weiterer Windkraftanlagen in das Stromsystem beitragen. // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

## Batteriespeicher können viele Netzprobleme lösen



Batteriespeicher. Quelle: Baywa Re

**STROMNETZ. Batteriespeicher, intelligente Ladesysteme für Elektrofahrzeuge und flexibel steuerbare Wärmepumpen könnten den Einsatz von Gaskraftwerken zur Netzstabilisierung deutlich reduzieren.**

Laut einer Analyse des Energie-Thinktanks Ember sollte die installierte Batteriespeicherkapazität in der EU von 43.000 MW im Jahr 2025 auf 178.000 MW bis 2030 wachsen. Damit könnten deutlich größere Mengen Strom aus Wind- und Solaranlagen gespeichert und in Zeiten hoher Nachfrage wieder ins Netz eingespeist werden. Nach Einschätzung von Ember entwickeln sich Batterien damit zu einer echten Alternative zu gasbasierten Ausgleichskraftwerken.

Besonders stark wächst der Markt für große Batteriespeicher. Ende 2025 verfügte die EU über rund 3.000 MW Batteriespeicher je 100.000 MW installierter Wind- und Solarkapazität. Bis 2030 soll dieses Verhältnis auf 12 Prozent steigen. Zudem könnten große Batteriespeicher kurzfristige Flexibilität dann rund 20 Prozent günstiger bereitstellen als neue Gaskraftwerke.

Auch dezentrale Batteriespeicher in Wohn- und Gewerbegebäuden gewinnen laut Ember an Bedeutung. Ihre Kapazität dürfte sich bis 2030 verdoppeln. Dadurch kann ein wachsender Anteil des tagsüber erzeugten Solarstroms vom Dach in die Abendstunden verschoben und direkt genutzt werden.

Neben Speichern sieht Ember großes Potenzial bei der Nachfragesteuerung. Bis 2030 könnte jedes sechste Auto in der EU elektrisch fahren. Etwa die Hälfte dieser Fahrzeuge könnte ihre Ladezeiten flexibel an Phasen mit hoher Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien anpassen. Gleichzeitig könnte rund jeder fünfte Haushalt über eine Wärmepumpe verfügen. Ein Teil ihres Stromverbrauchs ließe sich zeitlich verschieben, ohne den Komfort der Nutzer zu beeinträchtigen.

Zusammen könnten diese Technologien Lastspitzen senken, Netzengpässe reduzieren und den Bedarf an fossilen Reservekapazitäten deutlich verringern. Voraussetzung dafür sind laut Ember jedoch verlässliche politische Rahmenbedingungen, Anreize für flexible Stromnutzung sowie ein schnellerer Ausbau intelligenter Stromzähler. Ab 2027 sollen alle EU-Mitgliedstaaten erstmals nationale Ziele für Speicher und flexible Stromnachfrage vorlegen. Ambitionierte Vorgaben könnten den Ausbau klimafreundlicher Alternativen zu Gaskraftwerken zusätzlich beschleunigen. // VON SILVIA RAUSCH-BECKER

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK &amp; RECHT



HANDEL &amp; MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

## UNTERNEHMEN



Windpark "Bürgerwind Am Rohrholz". Quelle: GP Joule

### GP Joule ordnet Gesellschafterkreis neu

**UNTERNEHMEN.** Die Energiewende-Sparte von GP Joule erhält eine neue Eigentümerstruktur. Dabei verschieben sich Zuständigkeiten zwischen Holding und Wärmegeschäft.

Der Projektentwickler und Energiedienstleister GP Joule aus Reußenköge in Schleswig-Holstein stellt seine Gesellschafterstruktur neu auf. Wie das Unternehmen in einer Mitteilung vom 24. Juni bekannt gibt, hält seit diesem Jahr Alexander Lehmann die Mehrheit an der GP Joule Holding. Lehmann ist geschäftsführender Gesellschafter der Minol-Zenner-Gruppe. Diese bietet Mess- und Energiedienstleistungen an und war bereits seit 2020 an der Holding beteiligt.

Laut GP Joule stehen mit dem Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG), dem Netzpaket und einer Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wichtige Entscheidungen für die weitere Ausgestaltung der Energiewende bevor. Die neue Gesellschafterstruktur soll das Unternehmen darauf vorbereiten und den Fokus auf die Geschäftsfelder Projektentwicklung, Anlagenbau sowie Betrieb und Services schärfen.



Die beiden Gesellschafter der GP Joule Holding (von links) Alexander Lehmann und Ove Petersen  
Quelle: GP Joule

Für das operative Geschäft ändert sich zunächst wenig. Ove Petersen bleibt Gesellschafter der Holding und führt das Unternehmen weiterhin als Chief Executive Officer. Gemeinsam mit Finanzchef Torben Menke bildet er künftig die Geschäftsführung. Petersen erklärte, Lehmann kenne das Unternehmen seit Jahren und könne zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten sowie Synergien mit der Minol-Zenner-Gruppe erschließen.

### Mitgründer konzentriert sich auf Wärmesparte

Eine weitere Veränderung betrifft Mitgründer Heinrich Gärtner. Der bisherige Technikvorstand verlässt den Gesellschafterkreis der Holding und konzentriert sich künftig auf die GP Joule Wärme GmbH & Co. KG. Dort hält er nun die Mehrheit der Anteile. Nach Angaben des Unternehmens bleibt die Wärmesparte jedoch Teil der GP-Joule-Gruppe. Um dies zu unterstreichen, beteiligt sich die Holding als Gesellschafterin an der Gesellschaft.

Gärtner begründete den Schritt mit der Bedeutung der Wärmewende für das gesamte Energiesystem. Seinen Fokus wolle er künftig noch stärker auf den Ausbau einer nachhaltigen, sicheren und wirtschaftlichen Wärmeversorgung richten.

GP Joule sieht in der neuen Struktur die Grundlage, um sein Geschäftsmodell entlang der gesamten energiewirtschaftlichen Wertschöpfungskette fortzuführen. Das Unternehmen entwickelt, baut und betreibt Solar- und Windparks, Wärmenetze, Batteriespeicher, Wasserstoffanlagen sowie Ladeinfrastruktur. Künftig wolle man Produkte und Dienstleistungen noch stärker auf die Bedürfnisse von Kommunen und Unternehmen ausrichten. Dabei setzt GP Joule insbesondere auf Projekte in der Nähe von Erzeugungsanlagen oder direkt bei den Verbrauchern.

Nach Darstellung von Petersen sollen Kunden dadurch unabhängiger von politischen und regulatorischen Veränderungen werden. Ziel sei es, Erzeugung, Verteilung und Nutzung von Energie stärker miteinander zu verzahnen und eine stabile Energieversorgung zu ermöglichen. // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

**ENERGIEJOBS**

**DAS KARRIEREPORTAL FÜR  
DIE ENERGIEWIRTSCHAFT**

Rekrutieren Sie zielgenau in der  
Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

Energietechnik    Erneuerbare Energien    Energiemanagement

08152 93 11 88    www.energiejobs.online

## Energielenker setzt auf standardisiertes Ökosystem



Dennis Rohde auf der Smarter E. Quelle: Stefan Sagmeister

**STROMNETZ. Der Softwareanbieter bietet nun auch Hardware an. Die kommt von einem namhaften Hersteller, so die Ankündigung von Energielenker Solution auf der Smarter E Europe.**

Der Softwareanbieter Energielenker Solutions will sein Geschäft rund um Energiemanagementsysteme für Gewerbe und Industrie ausbauen. Auf der Fachmesse Smarter E Europe in München stellte das Unternehmen dazu eine Kooperation mit dem Elektronikunternehmen Weidmüller vor.

Im Mittelpunkt steht das Commercial Energy Management System (CEMS) von Energielenker, das künftig auch mit einer neuen EZA-Regler-Lösung zusammenarbeiten soll. Energie & Management sprach mit Dennis Rohde, Senior Data Scientist bei Energielenker Solutions, über die anstehenden Projekte.

Ein Erzeugungsanlagenregler, kurz EZA-Regler, wird bei größeren Stromerzeugungsanlagen benötigt, um Vorgaben des Netzbetreibers umzusetzen. Er übernimmt die netzseitige Steuerung und überwacht Photovoltaikanlagen, Batteriespeicher oder Windkraftanlagen. Dazu verarbeitet er Messdaten, setzt Leistungsbegrenzungen um und sorgt für die Kommunikation mit dem Netzbetreiber. Mit dem wachsenden Ausbau erneuerbarer Energien steigt auch der Bedarf an dieser Regelungstechnik.

Gemeinsam entwickelten die Kooperationspartner ein vollständiges System mit passender Hardware und Software. Ziel war ein EZA-Regler, der die Anforderungen unterschiedlicher Anlagen und Netzbetreiber erfüllt, sich einfach montieren lässt und sowohl als standardisierte Komponente als auch als kundenspezifische Lösung eingesetzt werden kann.

In der Kooperation mit Weidmüller bringt Energielenker vor allem seine Erfahrung bei EZA-Reglern, Netzanschlussbedingungen und der Projektumsetzung ein. Weidmüller steuert die Hardware, Schaltschranktechnik und sein Know-how in der Steuerungs- und Automatisierungstechnik bei.

Während der EZA-Regler die Anforderungen des Netzbetriebs erfüllt, soll das CEMS die wirtschaftliche Optimierung der gesamten Anlage übernehmen. „Am Ende des Tages sind das keine singulären Komponenten, die aneinander vorbeiarbeiten, sondern das bildet die Gesamtanlage“, sagte Rohde.

Nach Angaben von Rohde verfolgt Energielenker das Ziel, ein standardisiertes Ökosystem für Gewerbe- und Industriekunden aufzubauen. Statt jedes Projekt individuell zu entwickeln, sollen bereits erprobte Komponenten und Softwarebausteine kombiniert werden können. „Wir möchten ein Ökosystem aufbauen, das möglichst alle Anforderungen abdeckt“, so Rohde weiter.

Im Mittelpunkt steht die Vernetzung verschiedener Energiekomponenten. Dazu gehören Photovoltaikanlagen, Batteriespeicher, Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge, Blockheizkraftwerke und Wärmepumpen. Ohne eine übergreifende Steuerung könnten dabei unerwünschte Wechselwirkungen entstehen. So könnte Ladeinfrastruktur gerade dann hohe Leistungen abrufen, wenn diese an anderer Stelle benötigt werden. Ebenso könnten Batteriespeicher zum ungünstigen Zeitpunkt geladen oder entladen werden.

Das CEMS von Energielenker soll solche Konflikte vermeiden. Sämtliche relevanten Komponenten werden dafür in einer Plattform zusammengeführt. Das System berücksichtigt Erzeugung, Verbrauch, Speicherzustände und Strompreise und soll dadurch Lastspitzen reduzieren sowie die Wirtschaftlichkeit der Anlagen verbessern.

Laut Energielenker richtet sich die Lösung an Kunden vom kleineren Gewerbebetrieb bis hin zu großen Industrieunternehmen. Das System soll auch längere Transformationsprozesse begleiten können. Unternehmen können zunächst bestehende Energieanlagen optimieren und später weitere Komponenten wie Batteriespeicher oder Wärmepumpen integrieren.

Ein weiterer Vorteil liegt in der Aktualisierung der Software. Das System nutzt Cloud-Komponenten, über die Updates und regulatorische Anpassungen zentral ausgerollt werden. Angesichts häufiger Änderungen gesetzlicher Vorgaben soll dadurch sichergestellt werden, dass Kunden nicht bei jeder Anpassung individuelle Softwareänderungen beauftragen müssen. // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

## Studie sieht Bedrohung für den Jobmotor Erneuerbare



Quelle: Pixabay / Alex Csiki

**REGENERATIVE. Die Zahl der Beschäftigten in den erneuerbaren Energien ist 2025 auf den Rekordwert von 436.300 gestiegen. Die Bertelsmann Stiftung warnt jedoch vor Risiken durch die aktuelle Politik.**

Die Beschäftigung im Bereich der erneuerbaren Energien in Deutschland hat 2025 mit 436.300 Arbeitsplätzen einen neuen Höchststand erreicht. Das sind vier Prozent mehr als im bisherigen Rekordjahr 2023 und 100.000 Stellen mehr, als der Erneuerbaren-Sektor noch im Jahr 2021 bot. Die Zahlen gehen aus der Studie „Beschäftigung in den erneuerbaren Energien: Entwicklung und politische Reformen“ hervor, die die Bertelsmann Stiftung am 24. Juni publiziert hat. Die Stiftung warnt darin gleichzeitig vor erhebliche Risiken für die weitere Entwicklung, falls geplante energiepolitische Reformen Investitionen bremsen.

2025 lieferte die Windenergie an Land mit 131.300 Arbeitsplätzen den stärksten Beschäftigungsbeitrag. Es folgten Biomasse mit 96.800 Beschäftigten, Solarenergie mit 88.200 und Wärmepumpen mit 72.200 Arbeitsplätzen. Die Offshore-Windenergie kommt auf 41.000 Beschäftigte.

Die Stiftung analysiert eigenen Angaben zufolge die Beschäftigungsentwicklung seit Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Jahr 2000. Dabei unterscheiden die Autoren fünf Phasen: den Hochlauf der Energiewende bis 2011, den Einbruch der Solarindustrie ab 2012, den Strukturbruch in der Windenergie ab 2017, eine anschließende Stagnationsphase sowie den erneuten Aufschwung seit 2022.



Bruttobeschäftigung in den erneuerbaren Energien nach den einzelnen Technologien im Jahr 2025

(zum Vergrößern bitte auf die Grafik klicken)

Quelle: Bertelsmann Stiftung

### „Ausbau alleine reicht nicht“

Die Beschäftigung in den erneuerbaren Energien, schreiben die Autoren, reagiere besonders sensibel auf politische Rahmenbedingungen. So ging die Zahl der Arbeitsplätze in der Solarbranche nach Förderkürzungen und dem Markteintritt chinesischer Hersteller zwischen 2011 und 2017 von 156.700 auf

39.900 zurück. Auch die Windbranche verlor nach der Umstellung auf neue Ausschreibungsverfahren und Genehmigungsproblemen innerhalb weniger Jahre mehrere zehntausend Arbeitsplätze.

„Die Beschäftigung wächst dort, wo durch Planungssicherheit private Investitionen in den Ausbau der erneuerbaren Energien fließen“, lässt sich Mitautorin Jana Fingerhut zitieren. Um Beschäftigung zu sichern, reiche aber der Ausbau allein nicht aus. Es brauche auch inländische Produktion und Herstellung, wie das Beispiel Photovoltaik beweise: „Obwohl immer mehr Photovoltaik-Anlagen installiert werden, sinkt die Zahl der Beschäftigten aktuell. Denn die Solar-Module werden im Ausland produziert. Die vor 15 Jahren noch so starke Fertigung in Deutschland ist verschwunden. Diesen Fehler dürfen wir bei der Produktion von Windkraftanlagen, Wärmepumpen und Wechselrichtern nicht wiederholen. Es geht dabei nicht nur um Arbeitsplätze, sondern auch um eine strategische Unabhängigkeit im Energiebereich. Dafür braucht es eine verlässliche Energiepolitik, auch über Wahlperioden hinweg.“



Verteilung der Bruttobeschäftigung in den erneuerbaren Energien nach Segmenten im Jahr 2025

(zum Vergrößern bitte auf die Grafik klicken)

Quelle: Bertelsmann Stiftung

Für die aktuelle Legislaturperiode bewerten die Autoren insbesondere vier geplante Gesetzesvorhaben als beschäftigungspolitisch relevant: das Netzpaket, die EEG-Novelle, das Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) sowie das Strom-Versorgungssicherheits- und Kapazitätengesetz (StromVKG).

Kritisch sehen sie dabei unter anderem den geplanten Redispatch-Vorbehalt in netzbelasteten Regionen. Dieser könnte Investitionen in Wind- und Solarprojekte erschweren und damit Beschäftigung entlang der gesamten Wertschöpfungskette beeinträchtigen. Auch die vorgesehene Abschaffung der Förderung für kleine Photovoltaikanlagen birgt aus Sicht der Autoren Risiken für Handwerk, Planung und Installation. Positiv bewertet die Studie dagegen den Ausbau von Windenergie an Land. Verbesserte Genehmigungsverfahren und höhere Investitionen hätten hier zuletzt zu einem deutlichen Beschäftigungsaufbau geführt.

Die Autoren fordern deshalb, energiepolitische Reformen künftig stärker auf ihre Arbeitsmarktwirkungen zu prüfen. Neben Ausbauzielen müssten auch Planungssicherheit, regionale Wertschöpfung und Fachkräftesicherung berücksichtigt werden. „In Zeiten wirtschaftlicher Krise, in denen wir um jeden Job kämpfen, sollten wir die Fehler aus der Vergangenheit nicht wiederholen“, kommentiert Mitautor Roman Wirk die Ergebnisse der Studie: „Wir dürfen den Ausbau der erneuerbaren Energien kein weiteres Mal abwürgen. Es geht um Jobs, um mehr Unabhängigkeit von fossilen Importen und letztlich um unsere Wettbewerbsfähigkeit“.

Die vollständige Studie „[Beschäftigung in den erneuerbaren Energien: Entwicklung und politische Reformen](#)“ ist auf den Internetseiten der Bertelsmann Stiftung abrufbar. // VON KATIA MEYER-TIEN

[^ Zum Inhalt](#)

## Düsseldorfer Energiedienstleister EGC benennt sich um



Quelle: Pixabay / Arek Socha

## **VERTRIEB. Der Dienstleister EGC Energie- und Gebäudetechnik-Control bündelt sein Geschäft unter dem Markennamen: „FASTR“.**

Markenwechsel nach 25 Jahren: Im Jahr 2001 als EGC Energie- und Gebäudetechnik-Control gestartet, um sich einen Namen als Contracting-Dienstleister zu machen, will das Unternehmen künftig unter dem Kunstbegriff „FASTR“ reüssieren. Mit dem neuen Markenauftritt stelle sich das Unternehmen „bundesweit als lösungsorientierter und integrierter Dienstleister für die Immobilienwirtschaft, Kommunen und Stadtwerke auf“, heißt es in einer Mitteilung.

Der Umbenennung vorangegangen war ein Umbruch bei den Eigentumsverhältnissen. Im März vergangenen Jahres hatte der US-Finanzinvestor Kohlberg Kravis Roberts, kurz KKR, eine Mehrheit an dem Düsseldorfer Unternehmen übernommen. Seither ist EGC durch Zukäufe gewachsen.

Im September 2025 erwarb EGC das Berliner Contracting-Unternehmen Green Way Energy GmbH. Im Oktober übernahmen die Rheinländer von der Berliner Energie und Wärme (BEW) deren Erzeugungsanlagen außerhalb Berlins. Der Deal umfasste dem Vernehmen nach 140 Anlagen, verteilt auf acht Bundesländer; der Großteil der Anlagen befindet sich in Hamburg und Umgebung.

### ***Ex-Baywa-Tochter soll in neuer Marke aufgehen***

Kurz darauf erwarb EGC die Baywa Energie Dienstleistungs GmbH („BayWaEDL“) – eine Akquisition, mit der der Aktionsradius nach Süddeutschland erweitert wurde. Die ehemalige Baywa-Tochter soll diesen Sommer „vollständig“ in Fastr aufgehen, wie es heißt.

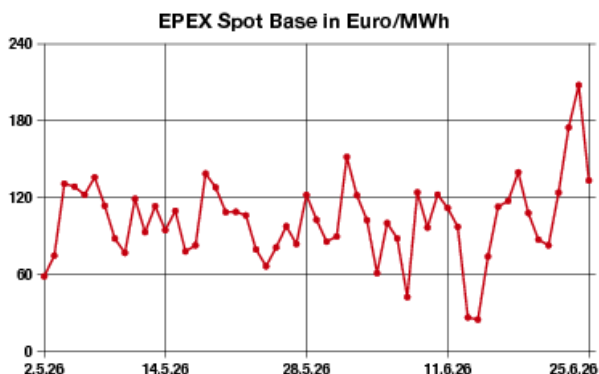
Ein Umbruch fand auch in der Geschäftsführung statt. Im Oktober 2025 übernahm Jean-Marc Bazenet die Leitung des Unternehmens. Corinna Pitz und Dirk Pitz aus der Familie der Gründer wechselten in den Beirat.

Das Geschäftsjahr 2024 hatte die EGC Energie- und Gebäudetechnik Control GmbH & Co. KG mit einem Ergebnis nach Steuern von 5,1 Millionen Euro (2023: 3,7 Millionen Euro) abgeschlossen. Die Umsatzerlöse hatten sich auf 52,8 Millionen Euro summiert (2023: 55,1 Millionen Euro). // VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

## MARKTBERICHTE

### STROM



### GAS



## Hormus-Entspannung beruhigt Energiemärkte



Quelle: E&M

**MARKTKOMMENTAR.** Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO<sub>2</sub>- und Gasmarkt.

Die sich anbahnende Normalisierung des Schiffsverkehrs durch die Straße von Hormus hat am Mittwoch zum weiteren Abschmelzen der Risikoaufschläge für Öl und Gas geführt. Allerdings bezweifeln Händler, dass Gas am TTF angesichts niedriger Speicherstände in Europa und des El-Niño-Phänomens unter die Marke von 40 Euro fallen wird.

CO<sub>2</sub> dagegen zeigte sich etwas befestigt. Strom notierte uneinheitlich. Tendenziell etwas bearish für die Märkte dürfte sich auch das absehbare Ende der Hitzewelle in Deutschland mit Beginn der neuen Woche auswirken. Allerdings prognostizieren die Wetterdienste für Südeuropa und auf dem Balkan weiter sehr hohe Temperaturen.

**Strom:** Der deutsche OTC-Strommarkt hat zur Wochenmitte uneinheitlich notiert und damit auf unterschiedliche Vorgaben der Nachbarmärkte reagiert. Während CO<sub>2</sub> zulegte, zeigte sich Erdgas mit weiteren Abgaben. Der Day-ahead verlor in der Grundlast um 74,50 auf 133,75 Euro je Megawattstunde. Die Spitzenlast gab um 47,00 auf 91,25 Euro je Megawattstunde nach. An der Börse kostete der Donnerstag 133,54 Euro im Base und 90,93 Euro im Peak.

Händler führten die Abschlüsse in der Grundlast auf die etwas höhere Erneuerbaren-Einspeisung zurück. Diese soll am Donnerstag auf 23,5 Gigawatt von 20,8 Gigawatt am Berichtstag steigen. Insbesondere für die Abendstunden wird für Donnerstag etwas mehr Wind prognostiziert, sodass die Rekordpreise, die sich am Dienstag für diesen Zeitraum eingestellt hatten, in der Auktion vom Berichtstag weit verfehlt wurden.

Die Meteorologen von Eurowind erwarten für die kommenden Tage eine Erneuerbaren-Einspeisung von jeweils 20 bis 25 Gigawatt. Die Hitzewelle in Deutschland soll zum Start der neuen Woche durch kühlere Witterung abgelöst werden.

Am langen Ende verlor das Frontjahr um 0,22 auf 92,62 Euro.

**CO<sub>2</sub>:** Die CO<sub>2</sub>-Preise haben sich am Mittwoch etwas fester gezeigt. Der Dec 26 gewann bis gegen 13.41 Uhr 0,34 auf 81,05 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 12,6 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 81,94 Euro, das Tief bei 80,68 Euro. Die Nettolongpositionen am CO<sub>2</sub>-Markt

legten an der ICE in der Vorwoche um kräftige 13,9 Millionen Tonnen auf 58,8 Millionen Tonnen zu. Händler führten den Kursanstieg auf die Entspannung in der Straße von Hormus zurück. Zudem wirke sich die Hitzewelle über Europa bullish auf die Preise aus, hieß es.

**Erdgas:** Die europäischen Gaspreise haben sich am Mittwoch leichter gezeigt. Der Frontmonat Juli am niederländischen TTF verlor bis gegen 13.20 Uhr 0,675 auf 41,440 Euro je Megawattstunde. Am deutschen THE sank der Day-ahead um 0,470 auf 41,780 Euro je Megawattstunde.

Gas steht wie Öl unter dem Eindruck der zunehmenden Entspannung in der Straße von Hormus. Zudem zeichnet sich für die kommende Woche ein Rückgang der Temperaturen in Deutschland ab. In Südeuropa soll sich die Hitzewelle jedoch länger halten. Der Gasflow aus Norwegen beträgt am Berichtstag laut Gassco hohe 336,0 Millionen Kubikmeter. Die Kapazitätsauslastung der EU-Speicher liegt aktuell bei 47 Prozent. Das sind 9,5 Prozentpunkte mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vormonats.

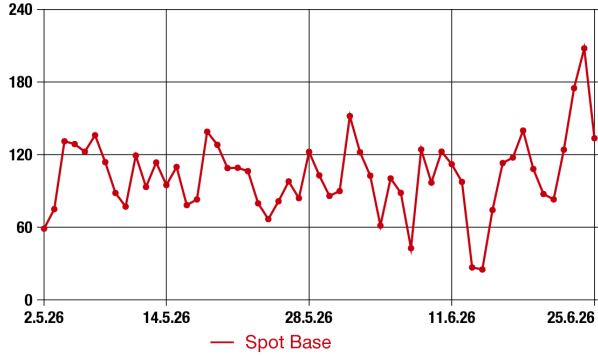
// VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

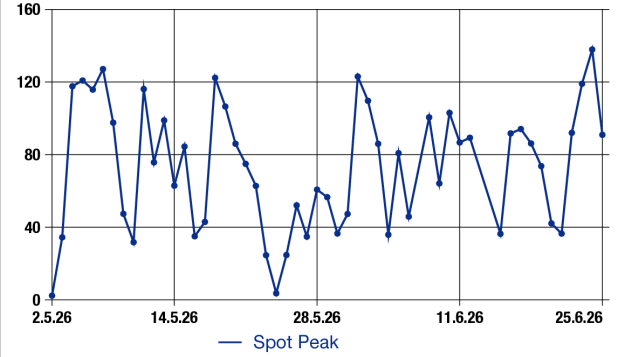
**ENERGIEDATEN:**

**Strom Spotmarkt**

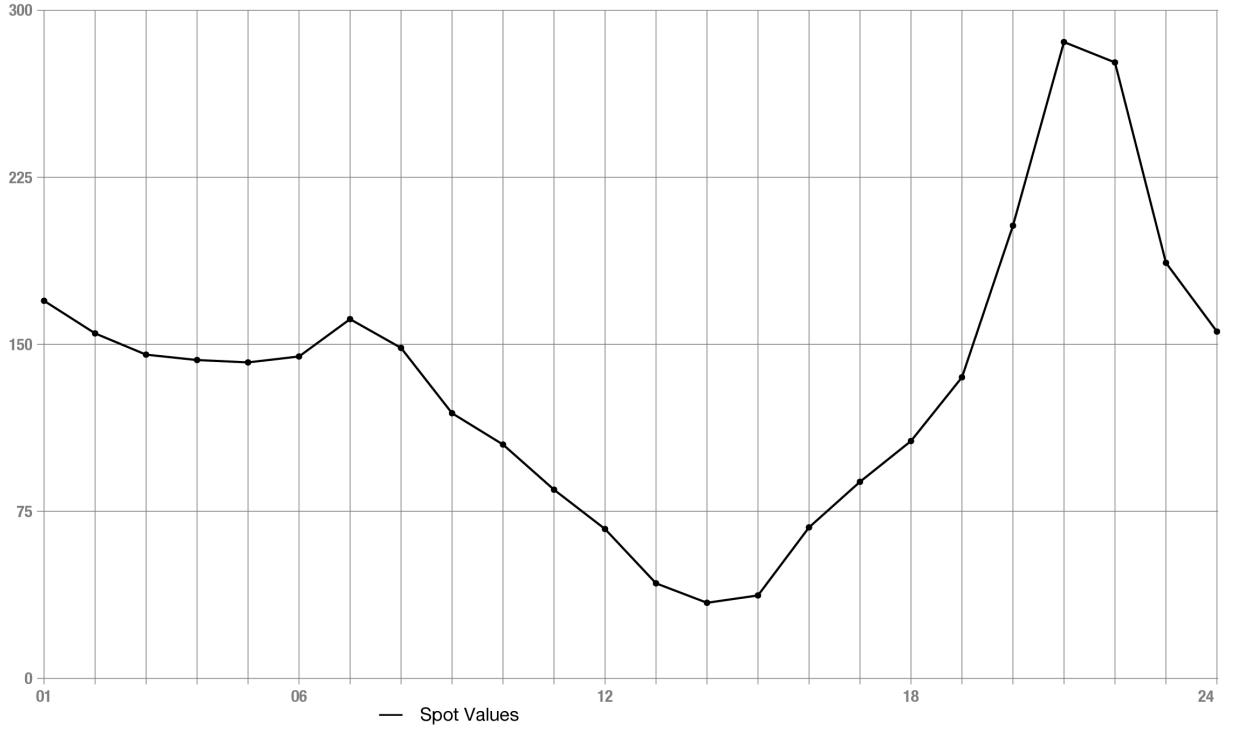
EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)



### Strom Terminmarkt

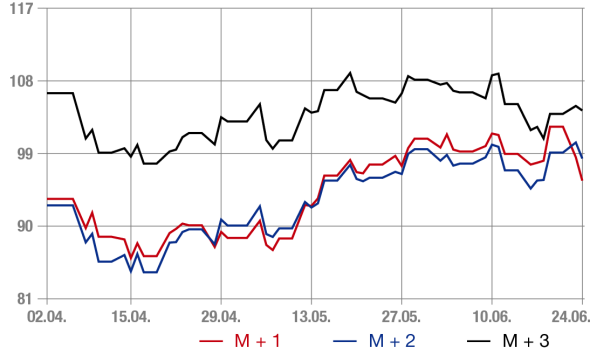
**Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)**

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	24.06.26	German Power Jul-2026	95,64
M2	24.06.26	German Power Aug-2026	98,38
M3	24.06.26	German Power Sep-2026	104,33
Q1	24.06.26	German Power Q3-2026	99,40
Q2	24.06.26	German Power Q4-2026	112,51
Q3	24.06.26	German Power Q1-2027	108,83
Y1	24.06.26	German Power Cal-2027	92,83
Y2	24.06.26	German Power Cal-2028	81,77
Y3	24.06.26	German Power Cal-2029	75,80

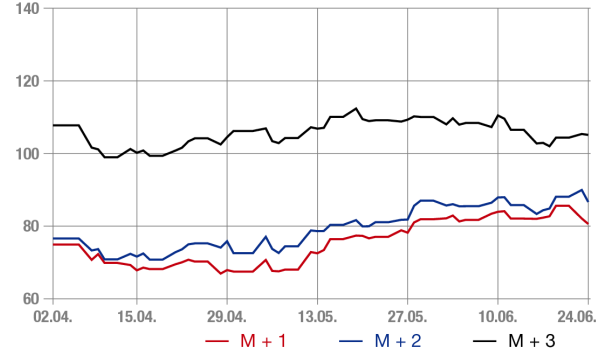
**Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)**

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	24.06.26	German Power Jul-2026	80,60
M2	24.06.26	German Power Aug-2026	86,66
M3	24.06.26	German Power Sep-2026	105,12
Q1	24.06.26	German Power Q3-2026	90,70
Q2	24.06.26	German Power Q4-2026	137,58
Q3	24.06.26	German Power Q1-2027	126,55
Y1	24.06.26	German Power Cal-2027	97,96
Y2	24.06.26	German Power Cal-2028	87,34
Y3	24.06.26	German Power Cal-2029	81,40

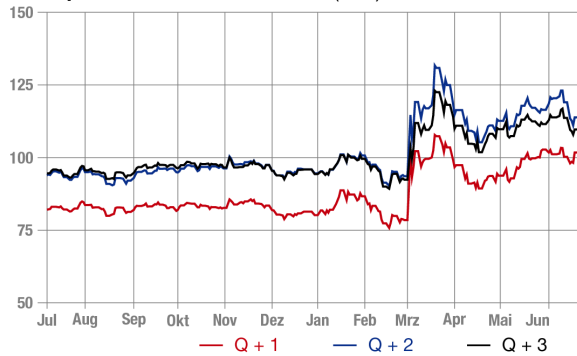
**Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)**



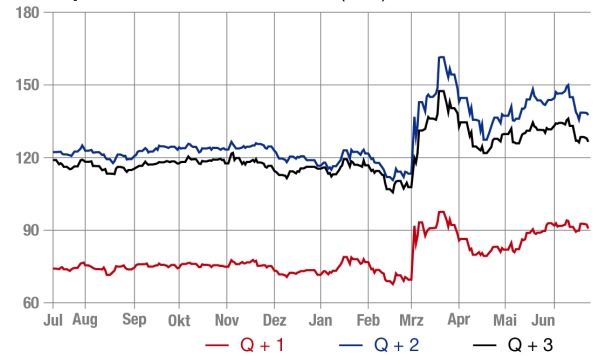
**Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)**



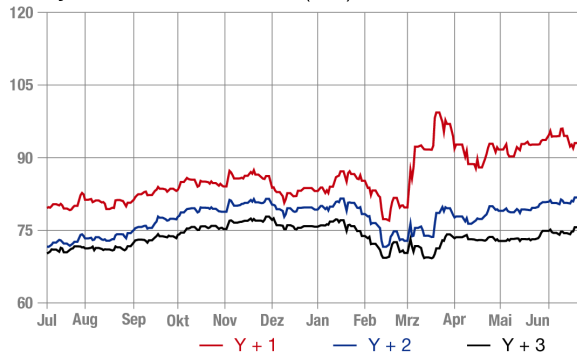
**Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)**



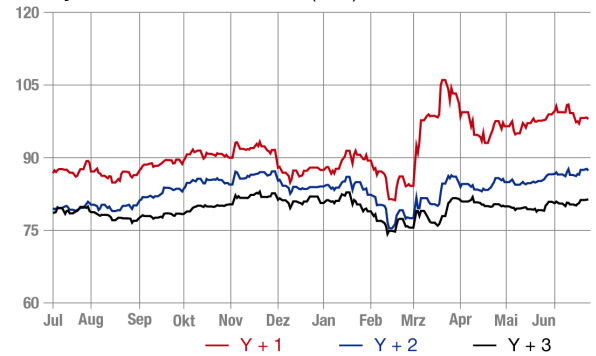
**Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)**



**Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)**



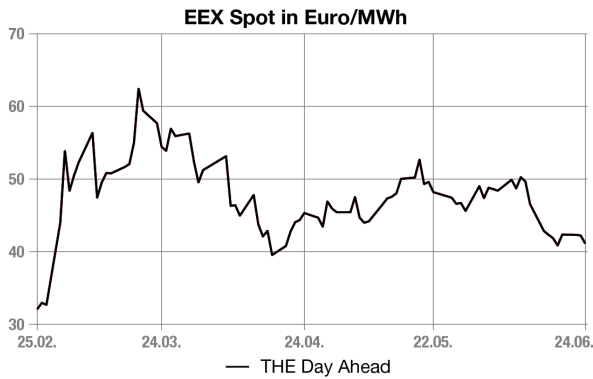
**Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)**



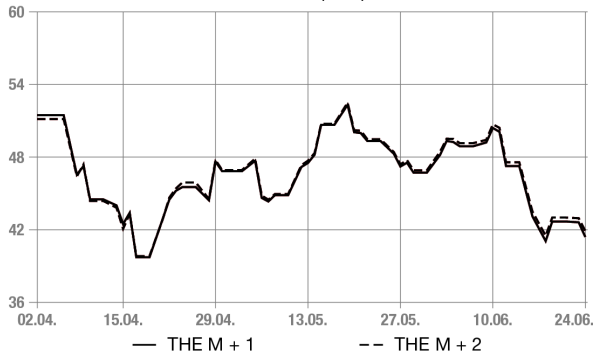
## Gas Spot- und Terminmarkt

### Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

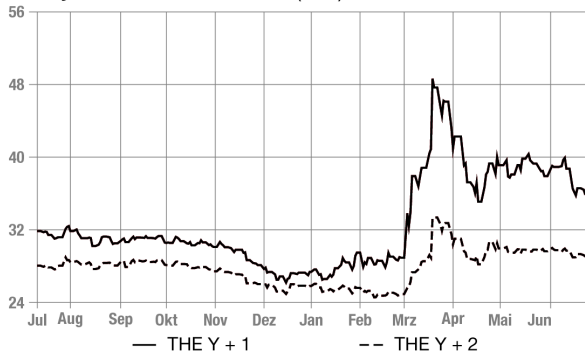
	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	24.06.26	German THE Gas Jul-2026	41,41
M2	24.06.26	German THE Gas Aug-2026	41,90
Q1	24.06.26	German THE Gas Q3-2026	41,82
Q2	24.06.26	German THE Gas Q4-2026	42,56
S1	24.06.26	German THE Gas Win-2026	42,29
S2	24.06.26	German THE Gas Sum-2027	33,77
Y1	24.06.26	German THE Gas Cal 2027	35,87
Y2	24.06.26	German THE Gas Cal 2028	29,05



### Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



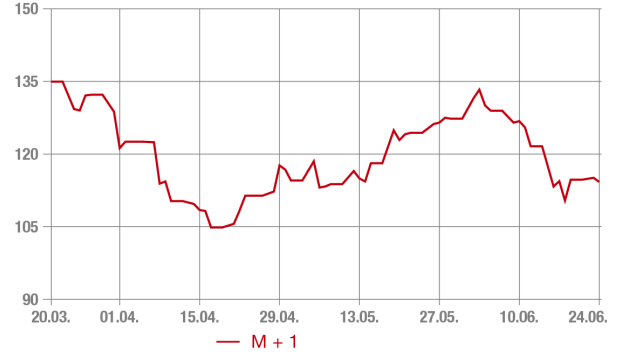
### Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



## Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	24.06.26	133,54	EUR/MWh
Germany Spot peak	24.06.26	90,93	EUR/MWh
EUA Juni	24.06.26	79,73	EUR/tonne
Coal API2 Juni 2026	24.06.26	125,90	USD/tonne

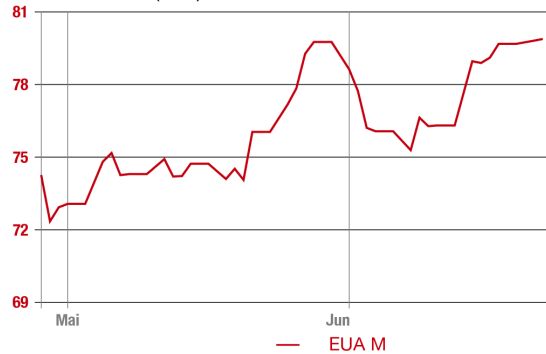
### Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



## Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	24.06.26	41,12	EUR/MWh
German THE Gas Jul-2026	24.06.26	41,41	EUR/MWh
German THE Gas Cal 2027	24.06.26	35,87	EUR/MWh
Crude Oil Brent Aug-2026	24.06.26	73,74	USD/tonne

### EUA in Euro/t (EEX)



## E&M STELLENANZEIGEN



### Gartenlandschaftsbauer (m/w/d)

Wir sind OBI. Als Team geben wir gemeinsam alles, um die kleinen und großen Projekte unserer Kund:i...  
in Ottersberg

vor 2 h

Ausbildung /  Freie Mitarbeit  Weiterbildung /  Sabbatical



### Teamleiter\*in Service & Sicherheit (Fahrgastmanagement)

Teamleiter\*in Service & Sicherheit (Fahrgastmanagement) 50933 Köln Vollzeit Unbefristet Komm ins ...  
in Köln

vor 2 h

Projektleitung  Festanstellung  Weiterbildung /  Betriebsarzt



### Ingenieur Versorgungstechnik als Senior Manager Netzbetrieb - Sekundärtechnik & Planu...

Hier bringst Du Deine Energie ein: Netzschutz-Parameter: Du bereitest Einstellparameter bei Netzände...  
in Frankfurt am Main

vor 2 h

Freie Mitarbeit



### Fundraiser\*in (m/w/d) mit Schwerpunkt Regionales Fundraising

Fundraiser\*in (m/w/d) mit Schwerpunkt Regionales Fundraising location\_on Nürnberg, Deutschland | ...  
in Erlangen

vor 2 h

Freie Mitarbeit  Weiterbildung /  Flexible Arbeitszeit /  Coaching



### Fundraiser\*in (m/w/d) mit Schwerpunkt Regionales Fundraising

Fundraiser\*in (m/w/d) mit Schwerpunkt Regionales Fundraising location\_on Nürnberg, Deutschland | ...  
in Nürnberg

vor 2 h

Freie Mitarbeit  Weiterbildung /  Flexible Arbeitszeit /  Coaching

[WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT](#)

## IHRE E&M REDAKTION:

**Stefan Sagmeister** (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



**Fritz Wilhelm** (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)

Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



**Davina Spohn** (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



**Georg Eble** (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



**Günter Drewnitzky** (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



**Heidi Roider** (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: KWK, Geothermie



**Susanne Harmsen** (Büro Berlin)

Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



**Katia Meyer-Tien** (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**

Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**

Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**

Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.

Vielen Dank dafür!

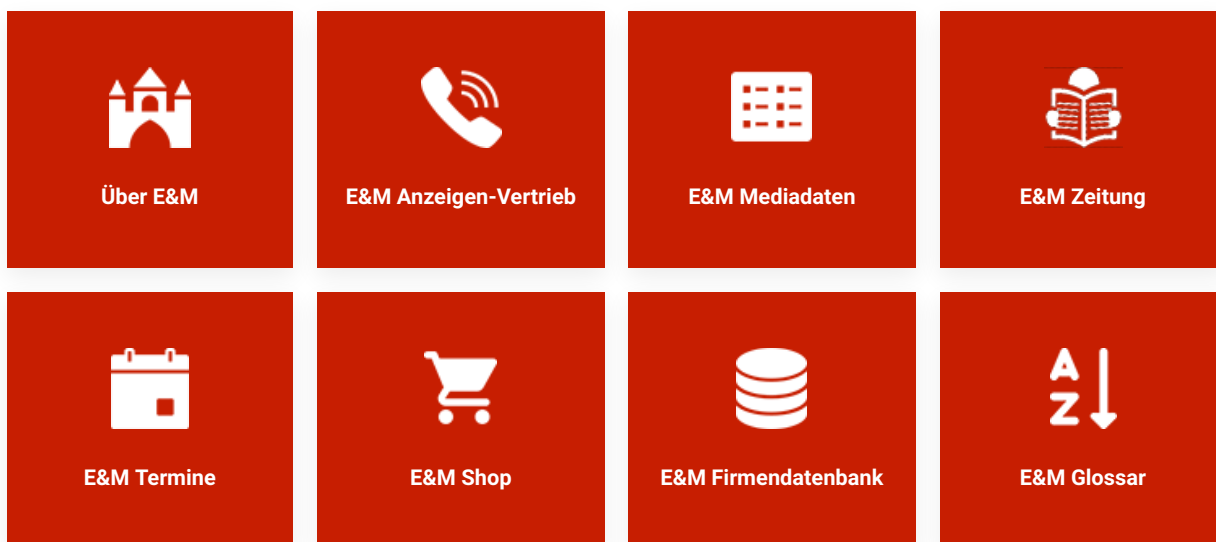
Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:

**Volker Stephan**

**Manfred Fischer**

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



## IMPRESSUM

---

**Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH**

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - [www.energie-und-management.de](http://www.energie-und-management.de)**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

**Wichtiger Hinweis:** Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

